

Auch das vergangene Jahr stand im Zeichen von Konflikten, die letztlich damit zu tun haben, dass die Stadt an die **Grenzen ihres Wachstums** stößt, das aber nicht wahr haben will.

Das zeigte sich am für Erlanger Verhältnisse großen Konflikt um den Abriss des landesweit bedeutsamen Denkmals „Hupfla“. Dass der Oberbürgermeister mit seiner Unterschrift diesen Abriss genehmigt hat – über seine zuständigen Fachleute hinweg- war „Basta-Politik“ im Schröderschen Geist, war eine rein politische Entscheidung, die den Denkmalschutz zur Verfügungsmasse degradiert. "Unerhörte Denkmalignoranz" nennt das die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zu Recht. Und die CSU hat begeistert mitgemacht, und hat sich nicht vor die Fachleute im Rathaus gestellt, gell Herr Volleth ?

Zwei unkoordinierte **Nachverdichtungsprojekte direkt nebeneinander** in Büchenbach Nord sorgen für Unruhe. Das profitgetriebene Nachverdichtungsprojekt bei den Hochhäusern an der Isarstraße wird noch für mehr Unruhe sorgen. Im vom Bauherren „Jaminpark“, von kritischen Stimmen „Jammerpark“ genannten Viertel Rathenau leben die MieterInnen auf einer Großbaustelle. Gleichzeitig erhöht die Heuschrecke Dawonia – früher GBW - ihre Mieten und Nebenkosten auch über das Zulässige hinaus, wie wir von den Mietervereinen wissen.

Wir sagen es schon länger: Die Stadt muss Alles tun, was sie kann, um die noch bezahlbaren Wohnungen im Bestand zu schützen. Inzwischen kommt dieses Thema auch bei anderen Parteien an: Wir freuen uns, dass beim bayerischen Volksbegehren Mietenstopp auch in Erlangen Gewerkschaften, Mietervereine, Linke, SPD und Grüne zusammenarbeiten.

Unser Antrag „**Zweckentfremdungssatzung**“ - wurde heute beschlossen. Auch SPD und GL haben sie gefordert. Die Satzung verbietet es, Wohnungen länger leer stehen zu lassen, oder umzuwandeln, z.B. in Ferienwohnungen – bekanntestes Beispiel „airbnb“.

Immer noch kümmern sich Hunderte ErlangerInnen ehrenamtlich um **Geflüchtete**, viele setzen sich dafür für ein, Menschen aus Seenot zu retten.

In Erlangen fanden mehrere große und friedliche Demonstrationen der Bewegung „Seebrücke-sicherer Häfen“ statt. Das Ordnungsamt der Stadt machte den Anmeldern aber unnötige und undurchführbare Auflagen. Damit boten sie der bayerischen Polizei und Justiz die Handhabe, die VeranstalterInnen juristisch zu verfolgen.

Wir nennen das Einschüchterung. Einschüchterung, die die Stadt verhindern könnte: Denn es gibt Städte, die Demonstrationen für Menschlichkeit keine solchen Auflagen machen. Damit schützen Sie die Menschen, die Zivilcourage zeigen.
Das erwarten wir auch von Erlangen !

Zwei Anläufe mussten wir machen, bis der Stadtrat die Erklärung „Seebrücke- sicherer Hafen“ und die unverfälschte Potsdamer Erklärung beschlossen hat. Wir danken allen KollegInnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, die das mit ihrer Stimme unterstützt haben.

Die **Klimakatastrophe** hat auch den Stadtrat erreicht. Einige eher wirtschaftsfreundliche KollegInnen langweilten die jungen ZuhörerInnen von Fridays for Future mit akademischen Diskussionen, ob man „Katastrophe“ bzw. „Notstand“ sagen darf. Als ob die Klimakatastrophe dadurch verschwindet, dass man sie umbenennt. Diese Haltung hat Volker Pispers unübertrefflich

auf den Punkt gebracht: „Jetzt retten wir erst mal die Arbeitsplätze – ob wir einen Planeten brauchen, ist doch wissenschaftlich noch gar nicht erwiesen“.

Kleinere Maßnahmen wurden bereits ergriffen, aber es gibt auch viel Symbolpolitik. Für Heiterkeit sorgte dabei die CSU: Sie kopiert die Forderungen des Radentscheides in einem Antrag, und merkt nicht, dass sie damit 6 neue Stellen fordert. Was Stadtrat Kittel von der FDP dann genüsslich aufs Korn nahm. Wir gönnen ihm den Spaß.

Wenn es aber Ernst wird mit der Klimarettung, also, wenn der Autoverkehr eingeschränkt wird, geht der grüne Lack ab und die CSU zeigt sich wieder als die Autopartei, die sie traditionell ist.

Sie verspricht Klimaschutz ohne Einschränkungen für Autos, wie z.B. in der neuen Straße. Ohne diese Sperrung kommen aber irgendwann Fahrverbote von Gerichten, denn insbesondere in der Pfarrstraße werden die Schadstoffgrenzwerte regelmäßig überschritten – das zeigen Berechnungen der Verwaltung.

Die Stadt-Umland-Bahn ist notwendig – aber sie muss den Autos Platz weg nehmen, sonst wird sie wenig zur Verringerung des Autoverkehrs und zur Rettung des Klimas beitragen. Denn die Verkehrswissenschaft sagt: Es fahren so viel Autos, wie auf die Straße passen.

Die StuB muss auch da entlang fahren, wo die Menschen wohnen und arbeiten.

Und schließlich darf ihr Bau nicht das für Naherholung und Natur wichtige Regnitztal neu durchschneiden und ökologisch wertvolle Flächen entwerten.

Das sind für uns drei Gründe, die Stadt-Umland-Bahn über den Büchenbacher Damm zu führen: die rechte Spur muss jeweils zur Straßenbahn- und Busspur werden. Das gilt auch für die Trasse nach Nürnberg.

Es braucht auch eine Straßenbahn nach Osten – deshalb unterstützen wir den „Stub-Ostast“.

Klimaretten ist ein großes, ein abstraktes Wort. Wenn es aber darum geht, wer verzichten und wer bezahlen soll, wird es konkret.

Bei den Buspreisen entscheidet sich die Frage: wer zahlt für Klimaschutz im Verkehr:

Die Busbenutzer*innen oder große Firmen über die Gewerbesteuer ?

Sozial gerechter Klimaschutz bedeutet günstige Buspreise, andere Städte diskutieren über Nulltarif !

Die erlanger Linke ist auch ein Kind der Massenproteste gegen die unsozialen **Hartz-Gesetze**.

Auch deshalb schauen wir der Stadt auf die Finger, wie sie mit sozial Benachteiligten umgeht und ob sie tatsächlich „besser für die Menschen“ arbeitet, als der große Bruder „Bundesagentur für Arbeit“. Vergleichen Sie die Sanktionsquoten, dann sehen Sie: Es ist in einer Reihe vergleichbarer Städte für die Menschen besser, als in Erlangen.

Besonders verdammswert finden wir die sogenannten Sanktionen, das Strafsystem in diesen Gesetzen, mit dem bis vor kurzem sogar Alles Geld gestrichen werden konnte, auch die Miete, also die Drohung mit Obdachlosigkeit. Obdachlosigkeit als Strafe, das gibt es nicht mal im Gefängnis.

In diesem Jahr hat das Bundesverfassungsgericht immerhin die schlimmsten Auswüchse dieses damals von der Schröder-Fischer- Regierung verordneten Sanktionsterrors verboten.

Anfang des Jahres forderte ein Zusammenschluss von Beratungsstellen ein Sanktionsmoratorium – der Sozialausschuss lehnte ab.

Nach dem Urteil hat die Stadt öffentlich ein Sanktionsmoratorium verkündet. Vor kurzem wurde es nichtöffentlich zurückgenommen – war das den Verantwortlichen etwa peinlich ?

Wir jedenfalls werden weiter alle unterstützen, die dieses Sanktionsunwesen abschaffen oder zumindest einschränken wollen.

Wir werden von einer „Ampel“ also rosa, grün und gelb regiert. Wenn es aber um Geld geht, dann ist die Ampel kaputt, dann blinkt sie nur noch gelb. Die FDP feiert sich, weil sie neue Stellen verhindert hat, um zu „sparen“: Ergebnis: Die Stadt zahlt auf ihre Guthaben inzwischen 6stellig Strafzinsen. Finanzpolitik aus dem Tollhaus.

Die Stadt kann – weil sie zu wenig Personal einstellt - vieles Wichtige nicht mehr erledigen. Der Winterdienst ist am Anschlag, zusätzliche Straßen oder Wege können nicht mehr geräumt werden. Das Umweltamt zeigt im Arbeitsprogramm klare Überlastung auf. Wie soll die Verwaltung flächendeckende Bebauungspläne aufstellen und umsetzen, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, wenn ihr dafür das Personal vorenthalten wird ? Auch Gebäudesanierungen werden aus diesem Grund auf die lange Bank geschoben, denn das kann das Amt nicht ohne neue Stellen stemmen. Der Oberbürgermeister hat das bestätigt.

Solche Probleme sind der Preis der neoliberalen Ideologie. Die fordert den „schlanken Staat“. Magersüchtig trifft es besser. In letzter Konsequenz organisiert man so Staatsversagen.

Der Stadt fehlen generell Fachkräfte, wie Ingenieur*innen, Planer*innen oder auch Erzieher*innen. Die zu gewinnen, kostet inzwischen mehr, als die Stadt, als der öffentliche Dienst jetzt zahlt. Deswegen wollten wir eine Erlangen-Zulage nach Münchner Vorbild.

Der Ausschuss lehnte das ab. Stattdessen wurde eine „Solidarität der Städte“ gefordert, die sich nicht gegenseitig die Fachkräfte abwerben. Als Gewerkschafter gilt unsere Solidarität aber der anderen Seite, den KollegInnen im öffentlichen Dienst.

Wir wollen Umverteilung von oben nach unten, deshalb fordern wir höhere **Gewerbesteuern**. Nun sagt man uns: Die Stadt hat doch schon genug Geld.

Richtig, es ist gerade viel Geld da. Aber es gäbe genug Wichtiges anzupacken, was sogar noch mehr kostet. Wir haben mit unseren Anträgen dafür Beispiele genannt:

Wichtige Projekte kann die Stadt teilweise nicht angehen, weil sie das Personal, dass sie dafür braucht, nicht einstellt oder nicht bekommt, weil sie nicht attraktiv genug bezahlt – ein klassisches Eigentor.

Im E-Werk wird wichtige Arbeit geleistet, aber die Angestellten bekommen immer noch keinen Tariflohn.

Ausbau und massive Verbilligung des Nahverkehrs kosten richtig Geld, aber das ist eine Investition in die Zukunft der „Generation Greta“ und in sozial gerechten Klimaschutz.

Wer eine „Stadt für Alle“ propagiert, muss dafür sorgen, dass sich Alle die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leisten können, nicht nur den Bus, sondern z.B. auch Kultur. Der Erlangen Pass ist eine Schritt in die richtige Richtung. Aber die „Stadt für Alle“ ist das noch lange nicht.

Die Rekommunalisierung, z.B. der Gebäudereinigung ist ein Beitrag zu guter Arbeit: Motivierte Angestellte kennen ihr Gebäude und fühlen sich verantwortlich – das zeigt die Erfahrung. Wir wollen Tariflohn auch für Reinigungskräfte, auch sie „sind es wert“.

Es gibt also viel zu tun, und sozial gerecht zu finanzieren, deshalb wollen wir eine höhere Gewerbesteuer. Nicht zuletzt, damit die Stadt in der nächsten Krise gerüstet ist und „antizyklisch“ handeln kann.

Wir stimmen jetzt über einen Haushalt ab, bei dem fast alle unsere Änderungswünsche abgelehnt wurden.

Nicht einmal die die Stellen werden alle geschaffen, welche die Verwaltung selbst vorgeschlagen hat. So lässt man die KollegInnen mit der Arbeitsüberlastung allein.

Aus Solidarität mit diesen KollegInnen werden wir dem Stellenplan wieder zustimmen.

Den **Haushalt selbst lehnen wir ab** – er ist Ausdruck einer Politik, die keine soziale oder ökologische Wende schafft.